

# GLOBALER MILITARISIERUNGSINDEX 2023

Markus Bayer, Stella Hauk \ BICC



bicc

## ZUSAMMENFASSUNG

---

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) des BICC bildet jährlich in einem Ranking den Militarisierungsgrad von Ländern ab, indem er misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist. Der Index wird seit 2003 herausgegeben und seit 2014 durch eine Publikation begleitet. Er wird durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Aktuell umfasst er 149 Staaten.

Der erste Teil des Berichtes reflektiert auf Grundlage der neuesten Daten (in der Regel derer des Jahres 2022) aktuelle Entwicklungen und Trends in Bezug auf Militarisierung. Die **zehn Länder, die 2023 den höchsten Militarisierungsgrad aufweisen**, sind die Ukraine, Israel, Armenien, Katar, Bahrain, Saudi-Arabien, Griechenland, Singapur, Aserbaidschan und Russland.

Auch wenn die Militarisierung in manchen Staaten angesichts steigender finanzieller und personeller Ressourcen in Form eines gewachsenen BIP bzw. zunehmender Bevölkerungszahlen geringfügig oder teilweise sogar deutlich abgenommen hat, nimmt die Aufrüstung absolut gesehen im Trend weltweit zu. Besonders deutlich wird dies in Bezug auf die Anzahl der schweren Waffensysteme im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Die 2022 **über 410.000 schweren Waffen der im GMI abgebildeten Länder bedeuten einen Anstieg um knapp 13.000 Systeme, d. h. um mehr als drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr.**

Der zweite Teil des GMI 2023 ist als **regionaler Schwerpunkt dem postsowjetischen Raum** gewidmet. Die fünfzehn mit dem Zerfall der Sowjetunion unabhängig gewordenen Staaten sind heute aus unterschiedlichen Gründen hoch militarisiert. Mit der Ukraine, Armenien, Aserbaidschan und Russland befinden sich derzeit vier von ihnen unter den TOP 10 des GMI. Sieben zählen zu den sehr hoch und zwei zu den hoch militarisierten Staaten. Dies hat u. a. historische Gründe, erbten doch viele dieser Republiken nicht nur große Armeen und Arsenalen aus ehemaligen Sowjetzeiten, sondern einige auch große und gut ausgestattete paramilitärische Sicherheitsapparate, die zur Herrschaftssicherung im Inneren dienen.

---

---

Seit ihrer Unabhängigkeit haben die ehemaligen Sowjetrepubliken die Frage nach der Ausgestaltung ihrer Beziehungen zum Zentrum Russland bzw. ihrer Einbindung in regionale Bündnisse sehr unterschiedlich beantwortet. **Russland** rüstet seit 2008 auf und versucht seitdem vermehrt, seinen Einfluss auf die ehemaligen Sowjetrepubliken auch militärisch zu sichern. Um eine erneute russische Besetzung oder Einflussnahme zu verhindern, militarisieren sich baltische Staaten wie **Litauen** innerhalb der NATO. In **Moldau, Georgien** und der **Ukraine** geht die Militarisierung Hand in Hand mit eskalierenden Konflikten mit den dortigen großen russischsprachigen Minderheiten über das politische System und die künftige Orientierung des Landes. Allein **Belarus** strebt unter Lukaschenko eine auch militärische Allianz mit der Russischen Föderation an. Es militarisierte sich damit an dessen Seite und behielt zudem seinen traditionell großen Sicherheitsapparat überwiegend zur Herrschaftssicherung bei. Der langanhaltende, historische Konflikt zwischen **Armenien und Aserbaidschan** zeigt wiederum, dass die Militarisierung innerhalb des ehemaligen sowjetischen Imperiums nicht nur mit einem neuen „Kalten Krieg“ zusammenhängt.

Schließlich ist zu beobachten, dass diverse Akteure versuchen, Einfluss auf die früheren Sowjetrepubliken zu gewinnen. Zu ihrer Militarisierung tragen auch steigende Rüstungsimporte aus China, der Türkei, Iran und Israel bei.

**Wie in vielen Jahren zuvor haben wir den GMI auch in diesem Jahr weiterentwickelt.** So berechnen wir die Militarisierungstendenz ( $\Delta\text{GMI}$ ) nun mittels eines *moving average* über zwei Jahre. Dabei wird der Durchschnitt der GMI-Werte der letzten zwei Jahre (2021 und 2022) gebildet und mit demselben Maß aus dem Vorjahr (Jahre 2020 und 2021) verglichen. Dadurch fallen kurze Veränderungen, die im Wesentlichen auf Schwankungen der Referenzwerte (etwa des BIP) zustande kommen, geringer aus.

---

Seit 2014 erstellt das BICC jedes Jahr diese Publikation, um den GMI vorzustellen und Einsichten in die Dynamiken und die Auswirkungen von Militarisierung zu geben. All diese Jahr, wurde die Publikation redaktionell von Susanne Heinke betreut. Wir danken an dieser Stelle für zehn Jahre des hingebungsvollen Einsatzes.

## DIE METHODIK DES GLOBALEN MILITARISIERUNGSINDEXES (GMI)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI erfasst dazu mehrere Indikatoren, um den Grad der Militarisierung eines Landes darzustellen:

- \ Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und den staatlichen Gesundheitsausgaben (Anteil am BIP);
- \ Gesamtzahl von (para)militärischem Personal sowie Reservistinnen und Reservisten im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte und zur Gesamtbevölkerung;
- \ Anzahl der schweren Waffensysteme im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

Der GMI stützt sich u. a. auf Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des International Institutes for Strategic Studies (IISS) und eigene Erhebungen des BICC. Das Gesamtranking zeigt die Militarisierung von über 150 Staaten seit 1990. Es wird jährlich durch das BICC aktualisiert. Bei Vorhandensein neuerer verlässlicher Daten korrigiert das BICC die GMI-Werte auch rückwirkend für frühere Jahre (berichtigte Daten auf [gmi.bicc.de](http://gmi.bicc.de)). So kann es dazu kommen, dass sich die aktuell angegebenen Platzierungen im Vergleich zu älteren GMI-Publikationen unterscheiden.

Um eine höhere Kompatibilität zwischen den verschiedenen Indikatoren zu erzielen und zu verhindern, dass Extremwerte bei der Datennormalisierung zu Verzerrungen führen, wurde im ersten Schritt jeder Indikator mit einem Logarithmus mit dem Faktor 10 dargestellt. Im zweiten Schritt wurden alle Daten mittels der Formel  $x = (y - \min) / (\max - \min)$  normalisiert, wobei Min. und Max. den niedrigsten bzw. den höchsten Wert des Logarithmus repräsentieren. Im dritten Schritt wurde jeder Indikator entsprechend der relativen Bedeutung, die ihm von den Forschenden des BICC beigemessen wurde, mit einem subjektiven Faktor gewichtet. Zur Berechnung der endgültigen Punktzahl wurden die gewichteten Indikatorwerte addiert und ein weiteres Mal auf einer Skala von 0 bis 1.000 normalisiert.

Der GMI analysiert detailliert spezifische regionale oder nationale Entwicklungen. Auf diese Weise möchte das BICC zur Debatte über die Militarisierung beitragen und dabei auf die oft widersprüchliche Ressourcenverteilung aufmerksam machen.

Der Wert  $\Delta$ GMI gibt die jeweils aktuelle Militarisierungstendenz eines Staates an. Er errechnet sich aus der Differenz zwischen dem jeweils aktuellen GMI-Score und seinem Vorjahreswert.

### GMI-Indikatoren und Gewichtungsfaktoren

Index / Indikator Faktor



#### Ausgaben

Militärausgaben als Anteil am BIP 5

Militärausgaben im Verhältnis zu Ausgaben für den Gesundheitsbereich 3



#### Personal

Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl\* 4

Reserveangehörige im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 2

Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte 2



#### Waffen

Schwere Waffen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 4

\* \ Eine Einheit wird dann als militärisch oder paramilitärisch bezeichnet, wenn sie der direkten Führung der Regierung untersteht, bewaffnet, uniformiert und kaserniert ist. Er errechnet sich wie in FN 2 beschrieben.

## INHALT

---

Zusammenfassung	2
Die Methodik des Globalen Militarisierungsindex (GMI)	4
<hr/>	
<b>BICC GMI 2023</b>	<b>6</b>
Länder mit der weltweit höchsten bzw. niedrigsten Militarisierungstendenz	7
Die Spitzenplätze	8
<hr/>	
<b>Regionale Militarisierung im Blickpunkt</b>	<b>10</b>
<b>Russland</b>	<b>11</b>
Sicherheitspolitik und Militarisierung	11
Aktuelle Entwicklungen	14
<b>Litauen</b>	<b>14</b>
Sicherheitspolitik und Militarisierung	15
Aktuelle Dynamiken	16
<b>Belarus</b>	<b>16</b>
Sicherheitspolitik und Militarisierung	17
Aktuelle Dynamiken	17
<b>Ukraine</b>	<b>18</b>
Sicherheitspolitik und Militarisierung	19
Aktuelle Dynamiken	20
<b>Armenien</b>	<b>20</b>
Sicherheitspolitik und Militarisierung	20
Aktuelle Dynamiken	21
<b>Aserbaidschan</b>	<b>22</b>
Sicherheitspolitik und Militarisierung	22
Aktuelle Dynamiken	23
<hr/>	
GMI Weltkarte	24
Militarisierungsindex Ranking 2023	26
Impressum	27

## BICC GMI 2023

Der Krieg in der Ukraine hat unterschiedliche Auswirkungen auf die weltweite Militarisierung. So wuchsen die Militärausgaben in West- und Zentraleuropa 2022 um 13 Prozent an, was den größten Anstieg seit Ende des Kalten Krieges bedeutet.<sup>1</sup> Das zweite Jahr in Folge nahm auch die Anzahl der schweren Waffen in Westeuropa zu, die mit über 49.000 2022 einen Wert erreichte, wie er zuletzt 2009 gemessen wurde. Dieser Trend, der 2014 im Jahr der Besetzung der Krim begann, belegt, dass die seit langem steigenden Militärausgaben nun vermehrt für Beschaffungen eingesetzt werden. Seit dem russischen Austritt aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa, der bereits seit langem Erosionserscheinungen zeigte, existiert seit 2023 de facto keine konventionelle Rüstungskontrolle mehr in Europa. Dies bedeutet, dass ein neuer gefährlicher und ressourcenverschlingender Rüstungswettlauf in vollem Gange ist.

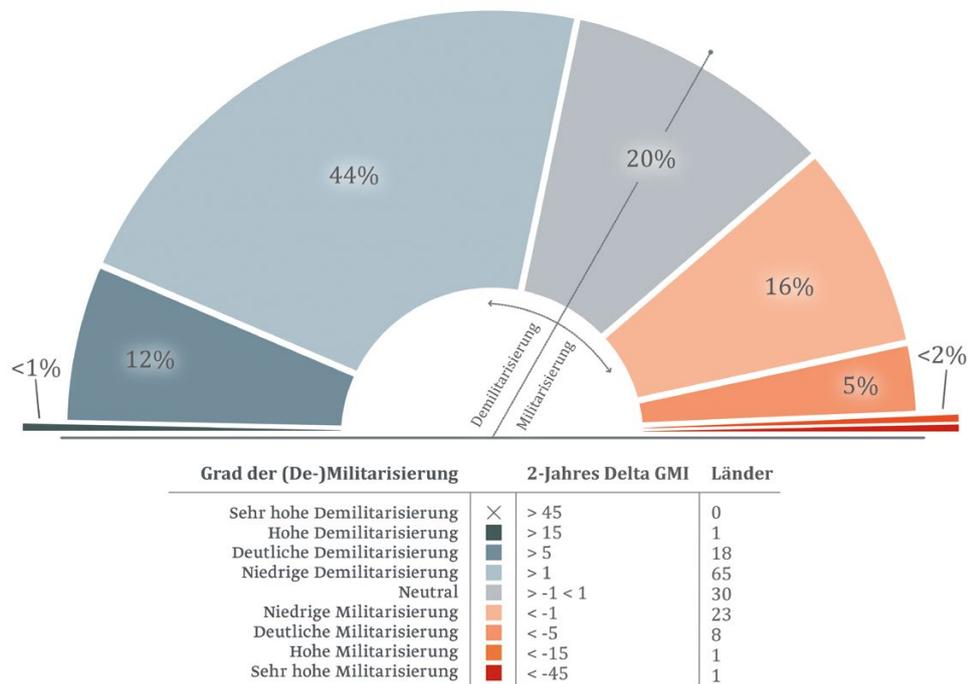
Die dramatische Militarisierung der Ukraine im Zuge des russischen Angriffs ließ uns im GMI 2023 die neue Kategorie einer „sehr starken“ Militarisierungsdynamik ( $\Delta\text{GMI}^2$ ) einführen, um dieser Entwicklung gerecht zu werden. Im Gegensatz zum Zustand der Militarisierung, welcher jährlich über den GMI-Wert erfasst wird und bei dem wir bereits vorher die Kategorie einer starken Militarisierung verwendeten, erfasst diese Dynamik nun die Veränderung im Vergleich zu den Vorjahren (siehe Fußnote 2). Auf der Militarisierungsseite stehen im hier vorliegenden GMI 2023 Bericht so ein Land mit einer sehr hohen, eins mit einer hohen, acht mit einer deutlichen und 23 Länder mit einer niedrigen Militarisierung. Dass sich der neue Rekordwert<sup>3</sup> der globalen Militärausgaben in Höhe von 2.240 Milliarden US-Dollar in vielen Ländern (noch) nicht in einer allgemeinen Militarisierung niederschlägt, hängt mit ihren wachsenden Ressourcen zusammen. So wuchs das BIP 2022 global um 3,1 Prozent; auch die Bevölkerungsentwicklung war in vielen Ländern weiterhin positiv. Insgesamt sprechen wir daher bei 65 Ländern von einer niedrigen, bei 18 von einer deutlichen und bei einem Land von einer hohen Demilitarisierung.

1 SIPRI, Trends in World Military Expenditure, 2022, SIPRI Fact Sheet April 2023, abrufbar unter: [https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304\\_fs\\_milex\\_2022.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304_fs_milex_2022.pdf)

2 Der Indikator  $\Delta\text{GMI}$  gibt die Militarisierungstendenz wieder. Er besteht aus der Differenz aus dem Durchschnitt der GMI-Werte der letzten zwei vorhergegangenen Jahre (etwa 2021 und 2022) und dem Durchschnitt der beiden Vorjahre (etwa 2020 und 2021). Steigerungen um mehr als 45 Punkte des jeweiligen  $\Delta\text{GMI}$ -Werts bezeichnen wir als sehr hohe Militarisierung, Steigerungen zwischen 15 und 45 Punkte als hohe, zwischen 5 und 15 Punkte als deutliche und Steigerungen zwischen einem und fünf Punkten als niedrige Militarisierung. Analog bezeichnen wir eine Reduzierung um die jeweiligen Punkte als sehr hohe, hohe, deutliche bzw. als niedrige Demilitarisierung. Veränderungen im Bereich zwischen 1 (neutral) und -1 sehen wir als geringfügige Veränderungen ohne Vorzeichen an.

3 SIPRI, Trends in World Military Expenditure, 2022, SIPRI Fact Sheet April 2023, abrufbar unter: [https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304\\_fs\\_milex\\_2022.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304_fs_milex_2022.pdf)

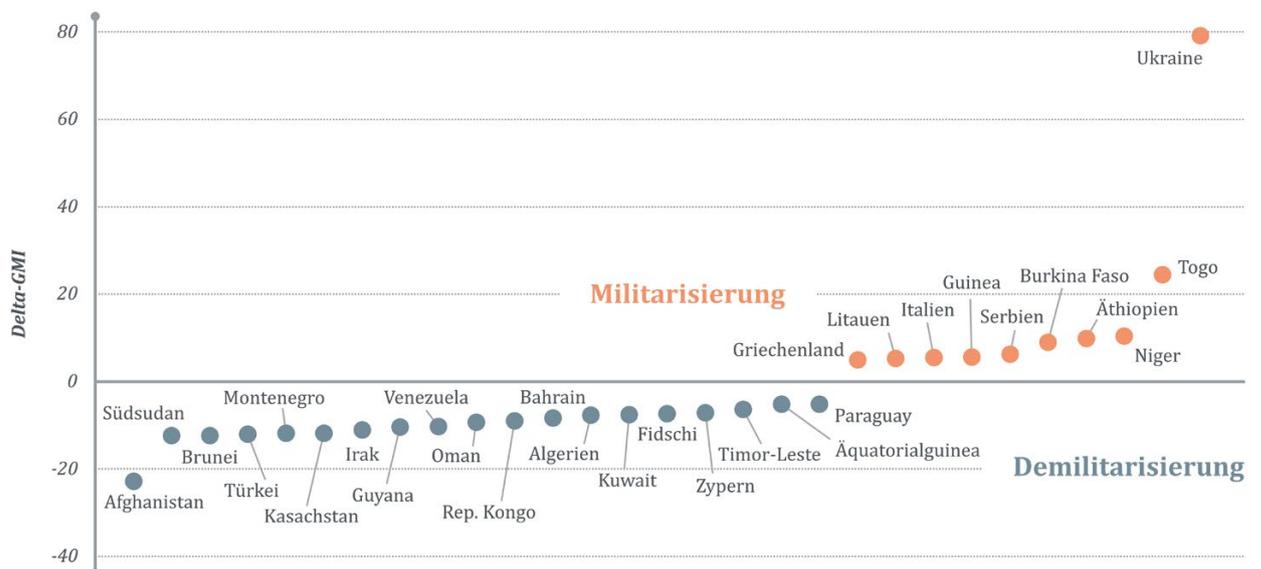
Abbildung I: Globale (De)Militarisierungstrends



Die stärksten Militarisierungs- bzw. De-militarisierungstendenzen sind in Abbildung II abgebildet. Wie bereits erwähnt, zeigt die Ukraine mit einer sehr sehr hohen Militarisierung die größte Dynamik. Mit deutlichem Abstand folgt

Togo mit einer hohen Militarisierung ( $\Delta GMI$  24,5). Auf der anderen Seite des Spektrums verzeichnet Afghanistan eine hohe ( $\Delta GMI$  -21,7) und 18 Länder eine deutliche Demilitarisierung.

Abbildung II: Länder mit deutlichen bis sehr starken (De)Militarisierungstendenzen



## Die Spitzenplätze

Der GMI 2023 umfasst 149 der 195 von der UN anerkannten Länder.<sup>4</sup> Die zehn Länder, die im GMI 2023 den stärksten Militarierungsgrad aufweisen, sind die Ukraine, Israel, Armenien, Katar, Bahrain, Saudi-Arabien, Griechenland, Singapur, Aserbaidschan und Russland (s. Tabelle I). Diese Staaten stellen ihrem Militär im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen besonders viele Ressourcen zur Verfügung.

**Tabelle I: Top 10**

Land				GMI	ΔGMI	Rang
Ukraine	5,1	1,3	1,8	<b>335</b>	<b>79,2</b>	1 (+18)
Israel	2,1	1,8	3,1	<b>257</b>	<b>-4,9</b>	2 (-1)
Armenien	2,0	1,8	2,3	<b>223</b>	<b>-4,5</b>	3 (+0)
Katar	3,0	0,8	2,2	<b>220</b>	—	4 (+2)
Bahrain	1,9	0,7	2,7	<b>215</b>	<b>-8,3</b>	5 (-3)
Saudi-Arabien	2,9	0,7	2,1	<b>213</b>	<b>-4,5</b>	6 (-1)
Griechenland	1,9	1,1	2,7	<b>211</b>	<b>5,0</b>	7 (-2)
Singapur	1,7	1,3	2,7	<b>210</b>	<b>-0,3</b>	8 (-1)
Aserbaidschan	2,4	0,9	2,3	<b>204</b>	<b>-1,3</b>	9 (+4)
Russland	2,1	1,1	2,4	<b>204</b>	<b>-2,4</b>	10 (+1)

Die seit 2022 von Russland angegriffene **Ukraine** stieg im Ranking um 18 Plätze auf Rang eins und weist eine sehr hohe Militarisierungsdynamik auf (ΔGMI 79,2). Durch die kriegsbedingte Mobilisierung wuchs der personelle Umfang des ukrainischen Militärs von 196.600 Soldat:innen im Jahr 2021 auf 688.000 im Jahr 2022 deutlich an. Die ukrainischen Militärausgaben schossen von 3,2 auf 33,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP), bzw. absolut von 5,9 Mrd. US-Dollar auf rund 44 Mrd. US-Dollar in die Höhe. In Bezug auf die schweren Waffen verzeichnete die Ukraine kriegsbedingt und trotz Unterstützungslieferungen einen Rückgang von 6.251 auf 4.659 (ca. 25 Prozent).

So überholte die Ukraine **Israel**, welches die letzten Jahre kontinuierlich Platz eins belegte und nun auf Platz zwei steht. Israel gab für seine Streitkräfte, die 2022 169.500 Soldat:innen und eine Reserve von 465.000 Personen umfassten, mit rund 23,3 Mrd. US-Dollar etwas weniger aus als im Vorjahr (4,5 Prozent des BIP). Dadurch ergibt sich eine niedrige Demilitarisierungstendenz (ΔGMI -4,9). Inwieweit der aktuelle Gaza-Krieg die Militarisierung Israels weiter vorantreiben wird, werden die nächsten Ausgaben dieses Indexes zeigen.

Ebenfalls eine niedrige Demilitarisierung verzeichnet **Armenien** (ΔGMI -4,5), welches dieses Jahr auf Platz drei rangiert. Absolut gesehen gab der Kaukasusstaat zwar mehr als im Vorjahr für sein Militär aus, gemessen am gestiegenen BIP sanken die Militärausgaben jedoch von einem Anteil von 4,5 auf 4,3 Prozent. Die Republik unterhält ein Militär, welches 42.900 aktive Soldat:innen und 210.000 Reservist:innen umfasst. Demnach kommen auf 1.000 Einwohner:innen 15,4 Soldat:innen. Diese spezielle Militarisierungsdynamik hängt mit dem seit langem schwelenden Konflikt mit dem Nachbarstaat Aserbaidschan (Rang neun) zusammen, der immer wieder gewaltsam eskaliert wie zuletzt im September 2023.

<sup>4</sup> Er enthält keine Gebiete, die nicht allgemein anerkannt sind, wie etwa Taiwan oder die Republiken Abchasien und Südossetien. Von einigen Staaten existieren zudem keine belastbaren Daten, um die Ressourcenverteilung zwischen dem militärischen und dem gesamtgesellschaftlichen Bereich zu analysieren. Unter ihnen befinden sich solche, bei denen wir davon ausgehen, dass sie einen sehr hohen Militarierungsgrad aufweisen würden, wie etwa Nordkorea (siehe GMI 2022).

Auf Rang vier des Rankings liegt **Katar**. Gegenüber dem Vorjahr (zwei Jahreswerte sind in diesem Fall nicht vorhanden) weist das Land eine deutliche Militarisierung auf, die es um zwei Plätze hochklettern lässt. Ursache sind vor allem die steigenden Militärausgaben, die im Jahr 2022 bei 14,7 Mrd. US-Dollar (sieben Prozent des BIP) lagen. Die Streitkräfte umfassen 16.500 Soldat:innen.

Auf Rang fünf des Rankings liegt mit **Bahrain** ein zweiter Anrainerstaat des Persischen Golfs unter den zehn am höchsten militarisierten Ländern. 1,3 Mrd. US-Dollar (3,2 Prozent seines BIP) flossen im Königreich mit seinen 8.200 Soldat:innen und 11.260 Paramilitärs ins Militär. Dies ist etwas weniger als im Vorjahr und steht für eine deutliche Demilitarisierung ( $\Delta\text{GMI} -8,3$ ).

Mit **Saudi-Arabien** auf Rang sechs ( $\Delta\text{GMI} -4,5$ ), gehört ein dritter Staat der Arabischen Halbinsel zu den zehn am stärksten militarisierten Ländern der Erde. Mit 73 Mrd. US-Dollar investierte das Königreich 2022 nochmals deutlich mehr als im vorhergehenden Jahr (63 Mrd. US-Dollar) in sein Militär, was 7,4 Prozent seines BIP entspricht. Mit diesen Ausgaben gehört das Land auch absolut zu den fünf Staaten mit den weltweit höchsten Militärausgaben.

Auf Platz sieben rangiert das NATO-Land **Griechenland**, das mit 3,7 Prozent seines BIP relativ gesehen innerhalb des Bündnisses am meisten für sein Militär ausgibt. Die Übereignung von 1.200 gebrauchten gepanzerten Truppentransportern aus den Vereinigten Staaten führte über die letzten zwei Jahre zu einer deutlichen Militarisierung ( $\Delta\text{GMI} 5,0$ ).

Im Gegensatz zum Vorjahr sank **Singapur** um einen Platz ab und belegt nun Rang acht im GMI-Ranking. Der Stadtstaat gab rund 11,4 Mrd. US-Dollar, d. h. wie im Vorjahr 2,8 Prozent seines BIP, für sein Militär aus. Dieses ist mit 51.000 aktiven und einer Reserve von weiteren 252.500 Soldat:innen gemessen an seiner Bevölkerung von 5,6 Millionen sehr groß und mit über 3.000 schweren Waffensystemen hoch gerüstet. Gegenüber dem Vorjahr ist jedoch keine (De)Militarisierungstendenz zu beobachten ( $\Delta\text{GMI} -0,3$ ).

Neu unter den Top 10 ist **Aserbaidschan** mit Rang neun. Das Land, welches im Dauerkonflikt mit seinem Nachbarn Armenien liegt, gab 2022 mit rund 2,6 Mrd. US-Dollar 4,5 Prozent seines BIP für sein Militär aus. Dieses umfasst derzeit 64.050 aktive Soldat:innen und eine Reserve von 300.000 zusätzlichen Soldat:innen.

Auf Platz 10 im Ranking liegt **Russland**. Das Land, das seit Beginn 2022 einen intensiven Krieg gegen die Ukraine führt, steigerte seine Militärausgaben von knapp 66 Mrd. US-Dollar auf fast 72 Mrd. US-Dollar (4,1 Prozent des BIP). Die gleichzeitige niedrige Demilitarisierung ( $\Delta\text{GMI} -2,4$ ) ist auf die massiven Verluste an Menschen und Material zurückzuführen. So verfügte Russland 2021 über geschätzte 70.000, 2022 nur noch über rund 52.000 schwere Waffensysteme.<sup>5</sup> Ähnlich sank die dem Land zu Verfügung stehende Reserve aufgrund der „Teilmobilmachung“ im September 2022 von zwei auf 1,5 Millionen Soldat:innen. Gleichzeitig stieg die Zahl der aktiven Soldat:innen von 900.000 im Jahr 2021 auf 1.190.000 im Jahr 2022 an.

5 Die Zahl der schweren Waffen in Besitz von Kriegsparteien ist mit großen Unsicherheiten verbunden. Unsere Daten zur Bewaffnung von Streitkräften stammen aus der Military Balance des International Institute for Strategic Studies. Die hier angegebene Reduktion scheint angesichts der durch den Oryx-Blog mit 5.444 bezifferten verifizierten Verluste nicht ganz unrealistisch. Die durch den Blog gelisteten Verluste umfassen nur solche, die über Foto- bzw. Video verifizierbar sind.

Oryx, Attack on Europe: Documenting Russian Equipment Losses During The Russian Invasion Of Ukraine, 5. Februar 2022, abrufbar unter <https://www.oryxspioenkop.com/2022/02/attack-on-europe-documenting-equipment.html>

## Regionale Militarisierung im Blickpunkt

Mit dem offiziellen Ende der Sowjetunion 1991 erschienen fünfzehn neue Staaten auf der Weltkarte. Aber auch über dreißig Jahre nach dem Zerfall der UdSSR hat sich der ehemalige sowjetische Raum keinesfalls schlicht in seine Einzelstaaten aufgelöst. So besiegelten die am 8. Dezember 1991 von Russland, Belarus und der Ukraine unterzeichneten Belawescher Vereinbarungen zwar formal das Ende der Union, markierten zugleich aber auch den Beginn der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), über die die meisten der eng verflochtenen Nachfolgestaaten weiterhin einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sicherheitsraum bildeten. Auch heute spielen historische Bezugnahmen auf die (vor-)sowjetische Vergangenheit eine zentrale Rolle, um entweder die (Re-)Integration der Region in eine russische Welt oder die Wahrung der eigenen nationalen Unabhängigkeit bzw. Identität zu begründen. Schon mit seiner ersten Präsidentschaft (2000 bis 2004) forcierte Wladimir Putin in mehreren Wellen eine (Re-)Integration des postsowjetischen Raumes unter Führung Russlands. So gründete sich 2002 mit der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ein aus sechs Staaten bestehendes Bündnis zur Gewährleistung der Sicherheit und territorialen Integrität der Mitgliedstaaten (siehe Karte „Militarisierung im postsowjetischen Raum“ auf Seite 12/13). Die Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EWU) trieb diese Integration weiter voran und sollte in einer Union von Staaten enden, wie sie zwischen Russland und Belarus in Form der Russisch-Belarussische Union angedacht wird. Einer solchen weitergehenden Integration scheint derzeit allerdings nur Belarus offen gegenüberzustehen. Andere postsowjetische Staaten brachten diesen (Re-)Integrationsversuchen hingegen zunehmend Widerstand entgegen. Insbesondere die im Laufe der Zeit immer aggressiveren Integrationsbemühungen Russlands und deren ideologische Verknüpfung mit der Idee einer „russischen Welt“, die auch russischsprachige Bevölkerungsteile und Territorien umliegender Länder umfasst, erzeugten Abwehrreaktionen. Die baltischen Ex-Sowjetrepubliken, die bereits der GUS nicht beigetreten waren, wandten sich

später der EU und der NATO zu. Nachdem Russland 2008 in Georgien einmarschiert war, um die Unabhängigkeit der De-facto-Regime in Abchasien und Südossetien zu sichern, trat Georgien, welches beide Regionen als sein Territorium beansprucht, aus der GUS aus. 2018, vier Jahre nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, folgte schließlich die Ukraine. Angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine erwägt aktuell auch Moldau einen Austritt. Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau – Länder, die allesamt von Russland unterstützte Sezessionen erlebten und die langfristig eine EU-Mitgliedschaft anstreben – schlossen sich bereits 2006 formell zur Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung (GUAM) zusammen.

Dieser Konflikt Integration vs. Unabhängigkeit, welcher sich derzeit im russischen Krieg gegen die Ukraine, aber auch in Transnistrien oder Georgien widerspiegelt, ist ein wesentlicher Treiber der Militarisierung der Region, jedoch nicht der einzige. So spielt das Militär in Ländern wie Belarus eine zentrale Rolle für den innenpolitischen Machterhalt, was ebenso zur Militarisierung beiträgt. Zudem haben die Staaten der ehemaligen Sowjetunion nicht nur zum ehemaligen Zentrum des Reiches, Russland, sondern zum Teil auch untereinander konfliktive Beziehungen. Spannungen bestehen etwa zwischen Tadschikistan und Kirgisistan wegen des Konfliktes in der Region Batken. Zuletzt kam es erneut zur militärischen Eskalation zwischen Armenien und Aserbaidschan wegen der Region Bergkarabach. Dieser Konflikt zeigt auch, dass die Region längst Interessenssphäre für unterschiedliche Akteure geworden ist. Die auf der Karte „Militarisierung im postsowjetischen Raum“ auf Seite 12/13 verzeichneten größten Rüstungsexporteure in die Region veranschaulichen, dass Russland inzwischen in vielen Fällen als größter Lieferant verdrängt wurde und dass Länder wie Israel, die Türkei oder der Iran an Einfluss gewonnen haben. In diesem Regionalteil betrachten wir die unterschiedlichen Treiber der Militarisierung exemplarisch an ausgewählten Ländern mit einer sehr starken Militarisierung.

## Russland

Als ehemaliges Zentrum des Sowjetimperiums analysieren wir zunächst die Russische Föderation. Nach dem Zerfall der Sowjetunion erlebte das Land in den 1990er Jahren nicht nur eine immense Liberalisierungs- und Privatisierungswelle mit einer damit einhergehenden Verarmung breiter Teile der Bevölkerung auf der einen und der Entstehung der Gruppe der Oligarch:innen<sup>6</sup> auf der anderen Seite, sondern auch die gewaltsamen Sezessionskriege in Tschetschenien (1994 – 1996; 1999 – 2009). Insbesondere unter Präsident Putin kam dem Militär eine starke Rolle bei der regionalen und globalen Sicherung des russischen Einflusses zu. So führte Russland 2008 einen kurzen Krieg gegen Georgien, besetzte 2014 die Krim, intervenierte ab 2015 auf Seiten Assads in Syrien, schickte 2022 im Rahmen der OVKS zur Unterstützung Präsident Tokajews Truppen nach Kasachstan und griff kurz darauf die Ukraine an. Die Russische Föderation gehört seit Jahren zu den am stärksten militarisierten Ländern der Welt und belegt aktuell im globalen Militarisierungsranking Platz zehn.

### **Sicherheitspolitik und Militarisierung**

In den 1990er Jahren nahm der Militarisierungsgrad Russlands zunächst aufgrund finanzieller Engpässe, Abrüstungsverpflichtungen und hoher Verluste im ersten Tschetschenienkrieg ab. Im Jahr 1998 erreichte das Land mit Rang 19 einen historischen Tiefstand. Der Krieg gegen Georgien (2008) offenbarte zahlreiche Schwächen der Streitkräfte: So bestanden etwa ein Drittel aller Einheiten aus schlecht ausgebildeten Wehrpflichtigen, es fehlte an einheitlichen Kommandostrukturen und professioneller Führung. Die Verteidigungsminister Serdjukow und sein Nachfolger Schoigu gingen tiefgreifende Reformen an.

Die Streitkräfte wurden deutlich verkleinert, über 100.000 Offiziersstellen abgebaut, diverse Einheiten aufgelöst und das Verhältnis von Wehrpflichtigen zu Berufssoldat:innen zugunsten letzterer verschoben. Zugleich modernisierten sie die Ausrüstung. Von 2008 bis 2016 stiegen die Militärausgaben gemessen am BIP von 3,1 auf 5,4 Prozent deutlich an, um die Streitkräfte für die neue geopolitische Lage zu rüsten. Diese besteht seit der 2015 verabschiedeten Militärdoktrin in einer verschärften globalen Konkurrenz und einer etappenweisen Neuverteilung des Einflusses.<sup>7</sup> Die Ausweitung der NATO, deren Pläne für die Errichtung eines Raketenschirms sowie von außen herbeigeführte Umstürze in Nachbarländern definiert das Dokument als zentrale Bedrohungen für Russland.

Russland rangiert seit 2001 unter den 15 am stärksten militarisierten Staaten. Unter den 15 postsowjetischen Staaten nimmt das Land in diesem GMI-Ranking Platz vier ein. Zwar ging der Militarisierungswert Russlands bedingt durch die Verkleinerung der Streitkräfte im Jahr 2013 kurzfristig zurück, wuchs jedoch durch höhere Ausgaben zwischen 2015 und 2016 wieder an. In den Folgejahren sank er jedoch wieder leicht ab.

Sehr stark ist Russland im Bereich der Militärausgaben und der schweren Waffen militarisiert. So betragen die Militärausgaben 2022 rund 72 Mrd. US-Dollar, was einem Anteil von 4,1 Prozent am BIP entspricht. Damit erreichten sie einen Höhepunkt im Zeitraum der letzten fünf Jahre. Wesentliche Rüstungsimporte stammten in den letzten fünf Jahren aus dem Iran (60,9 Prozent), überwiegend Loitering Munitions des *Typs Shahed-136*. Importe aus China (knapp zehn Prozent) kamen an dritter Stelle hinter der Ukraine auf Platz zwei (25 Prozent).

6 Kotz, D., & Weir, F. (2007). *Russia's Path: From Gorbachev to Putin. The Demise of the Soviet System and the New Russia*, London: Routledge.

7 Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., Militärdoktrin der Russischen Föderation, DSS-Arbeitspapiere 113-2015, 09. Februar 2015, abrufbar unter <https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A20928/attachment/ATT-o/>.

# Militarisierung im postsowjetischen Raum





Im Bereich des Personalindex ist Russland mit einem Verhältnis von 8,3 aktiven Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen nur stark militarisiert. Hier spielt neben den immer noch großen Streitkräften (1.190.000 aktive Soldat:innen und 1.500.000 Reservist:innen) auch die hohe Anzahl an aktuell 559.000 Paramilitärs, wie etwa der russischen Nationalgarde Rosgwardija, eine wichtige Rolle. Die 2016 per Dekret Putins aufgestellte Truppe hat offiziell den Auftrag Terrorismus und organisierte Kriminalität zu bekämpfen sowie die öffentliche Ordnung zu sichern, wird jedoch oft auch als Reaktion auf die „Farbrevolutionen“ in Georgien und der Ukraine sowie als Instrument zur Einschüchterung interner Opposition gesehen. Rechnet man diese paramilitärischen Kräfte mit ein, kommen in Russland über 12 (para)militärische Kräfte auf 1.000 Einwohner:innen.

### **Aktuelle Entwicklungen**

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In seiner Ansprache anlässlich des russischen Einmarsches rechtfertigte Präsident Putin dies mit der Notwendigkeit die russische Bevölkerung im Donbas zu schützen und eine Integration des Landes in die NATO zu verhindern. Ziele der „militärischen Spezialoperation“ seien die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine. Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine verschlechterte die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen deutlich, führte aber auch zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Russland und dem Iran oder Nordkorea. Aus beiden Ländern bezieht Russland aktuell Waffen und Munition für den Krieg in der Ukraine. Im Vergleich zum Vorjahr steigerte Russland seine Militärausgaben deutlich (von 66 auf knapp 72 Mrd. US-Dollar). Das Land stellt sich auf einen langen Krieg ein und fährt seine Rüstungsproduktion entsprechend hoch.

## **Litauen**

Exemplarisch für die baltischen Staaten, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion gen Westen orientierten und nun Teil der NATO sind, widmen wir uns Litauen. Das Land ist durch eine lange Geschichte von Fremdherrschaft geprägt, etwa durch Polen, Russland und Deutschland. Traumatische Ereignisse wie der Partisanenkrieg gegen die Wiedereingliederung in die UdSSR nach Ende der deutschen Besatzung und des Zweiten Weltkriegs sind bis heute tief im kollektiven Gedächtnis des Landes verankert und zentral für die Wahrnehmung von Russland als Bedrohung.<sup>8</sup> Nach der Unabhängigkeit strebte Litauen sehr früh eine Einbindung in westliche Bündnisse an. So wurde in Artikel 150 der neuen Verfassung von 1992 festgehalten, dass eine Mitgliedschaft in einem postsowjetischen Bündnis wie der GUS unzulässig sei. Stattdessen unterzeichnete Litauen 1994 die Partnerschaft für den Frieden mit der NATO und ein Jahr später ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Auch kulturell setzte nach der Unabhängigkeit – wie auch in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken – ein Prozess der „Entrussifizierung“ ein, der sich unter anderem darin niederschlug, dass Litauisch trotz der großen russischen Minderheit zur einzigen Amtssprache erhoben wurde. Obwohl Litauen nur eine kurze Grenze mit Russland teilt, gilt es angesichts des sog. Suwalki-Lücke – der kürzesten Landverbindung zwischen Belarus und der russischen Exklave Kaliningrad – als besonders bedroht. Ähnlich wie die anderen baltischen Staaten hat sich Litauen über die letzten zehn Jahre deutlich militarisiert. Seit 2015 gilt das Land als stark und seit 2019 als sehr stark militarisiert.

<sup>8</sup> Davoliūtė, V. (2014). *The making and breaking of Soviet Lithuania: memory and modernity in the wake of war*. Routledge.

## Sicherheitspolitik und Militarisierung

Basierend auf den Erfahrungen der vielfältigen Besetzungen maß der unabhängige Staat der militärischen Verteidigung einen großen Stellenwert bei. Bereits die Neuausrichtung der Streitkräfte nach der Unabhängigkeit erfolgte unter der Maßgabe, dass Litauen als kleines Land eine möglichst umfassende bzw. gar eine „totale Verteidigung“<sup>9</sup> brauchen würde, um eine erneute Besetzung abwenden zu können. Diese bestand zum einen aus der Einbindung großer Teile der Bevölkerung und zum anderen in der Integration in das System der kollektiven Verteidigung der NATO.<sup>10</sup> Die Verfassung führte das Recht und die Pflicht aller Bürger:innen, das Land gegen Angriffe zu verteidigen (Artikel 139), eine Wehrpflicht sowie eine militärische Reserve ein. Während die Bedrohungswahrnehmung in Litauen nach dem Eintritt in die NATO zunächst sank, nahm diese in den vergangenen Jahren, insbesondere nach 2014, wieder zu. Laut der aktuellen Bedrohungsanalyse des Verteidigungsministeriums geht die größte Gefahr von Russland und seinem Verbündeten Belarus aus.<sup>11</sup>

Unter den baltischen Staaten ist Litauen das am stärksten militarisiertere Land. So belegt es in diesem Jahr Platz 21 im GMI-Ranking, während Estland auf Platz 29 und Lettland auf Platz 64 rangieren. Die deutliche Militarisierung der letzten zehn Jahre umfasst alle drei Dimensionen des GMI.

Im personellen Bereich gehört Litauen zur Gruppe der am stärksten militarisierten Länder weltweit. Die Streitkräfte Litauens wurden über die letzten 20 Jahre deutlich vergrößert und steigerten sich von 13.510 aktiven Soldat:innen 2003 auf 23.000 aktive Soldat:innen und 7.100 Reservist:innen im Jahr 2022. Damit kommen in Litauen pro 1.000 Einwohner:innen rund acht aktive Soldat:innen. Dieser personelle

Zuwachs ist unter anderem auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht im Jahr 2015 als Reaktion auf die Annexion der Krim zurückzuführen, die 2008 zunächst abgeschafft worden war. Die Reserve von 309.200 Soldat:innen schrumpfte nach Abschaffung der Wehrpflicht zunächst gewaltig, verdoppelte sich aber zwischen 2018 und 2022 wieder von 6.700 auf 14.500 Soldat:innen. Auch paramilitärische Verbände wuchsen seit 2014 massiv. Einer der ältesten, die Lithuanian Riflemen's Union (LRU), existiert heute offiziell als Nichtregierungsorganisation, die allerdings staatlich finanziert und von einem aktiven Offizier geleitet wird. Nach Russlands Annexion der Krim verdoppelte sich ihre Mitgliederzahl von 7.000 auf aktuell 14.000 Mitglieder (2022). Rechnet man dieses paramilitärische Personal mit ein, kommen in Litauen über 13 paramilitärische Kräfte auf 1.000 Einwohner:innen; eine nicht unbedeutende Zahl.

In Bezug auf Militärausgaben bekennt sich Litauen seit längerem zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. In den vergangenen zehn Jahren steigerte das Land seine Ausgaben sukzessive von 366 Mio. US-Dollar 2013 (0,76 Prozent des BIP) auf 1,66 Mrd. US-Dollar (2,5 Prozent des BIP) 2022. In Bezug auf die Ausgaben gehört Litauen damit zur Gruppe der stark militarisierten Länder.

Auch im Bereich der schweren Waffen, deren Bestand seit 2014 kontinuierlich anstieg, ist Litauen stark militarisiert. Als Land ohne nennenswerte eigene Rüstungsindustrie bezog es dabei überwiegend Waffen aus Deutschland und den USA. Seit einigen Jahren ist das Land bemüht, seine mechanisierten Verbände zu modernisieren. Dazu importierte es zwischen 2015 und 2022 insgesamt 90 Radpanzer, 18 selbstfahrende Artilleriesysteme sowie insgesamt 190 ausgemusterte gepanzerte Mannschaftstransporter aus Deutschland.

9 Der Begriff wurde im Grundlagendokument zur Nationalen Sicherheit 1996 folgendermaßen definiert: „Totale Verteidigung bedeutet, [...] dass alle Ressourcen des Staates für die Verteidigung eingesetzt werden und dass jeder Bürger und die Nation mit allen möglichen Mitteln Widerstand leisten werden.“ Eigene Übersetzung, Original abrufbar unter <https://e-seimas.lrs.lt/portal/legalAct/lt/TAD/TAIS.353942?jfwid=pd6eq4zc3>

10 Statkeviciute, G. (1999). The Development of Lithuanian Armed Forces: View Ahead. *Baltic Defence Review*, 1(57).

11 Ministry of National Defense (2022). National Threat Assessment, Vilnius, abrufbar unter [https://www.vsd.lt/wp-content/uploads/2022/04/ANGL-el-\\_pdf](https://www.vsd.lt/wp-content/uploads/2022/04/ANGL-el-_pdf)

## Aktuelle Dynamiken

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine verschlechterte die Beziehungen zwischen Russland und Litauen erheblich. So setzte das Land die EU-weit beschlossenen Sanktionen gegen Russland entschlossen um und schränkte zeitweise den Bahntransit in die russische Exklave Kaliningrad ein. Zudem reagierte Litauen mit der Lieferung von Rüstungsgütern in die Ukraine und einer weiteren Aufrüstung und Modernisierung der eigenen Streitkräfte. In diesem Kontext gab die litauische Regierung im März 2023 ihren Plan bekannt, ein mechanisiertes Infanteriebataillon in ein Panzerbataillon umzuwandeln und dementsprechend 40 bis 50 Kampfpanzer zu beschaffen sowie die Anzahl der Wehrpflichtigen weiter zu erhöhen. Auch innenpolitisch hinterlässt der Krieg Folgen. Laut aktuellen Umfragen nahmen die Ressentiments gegenüber im Land lebenden Russ:innen bzw. Russland zu.<sup>12</sup>

## Belarus

Als nächstes werfen wir einen Blick auf Belarus, das nach dem Zerfall der Sowjetunion zum engsten Verbündeten Russlands wurde. Das Land blickt auf eine lange Geschichte von Fremdherrschaft zurück. Ende des 18. Jahrhunderts fiel Belarus unter die Kontrolle des Russischen Imperiums und erklärte sich am 25. März 1918 erstmals unabhängig. Nach kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Sowjetrussland und Polen wurde es teilweise an Polen angliedert, der andere Teil formierte sich als Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik.

Nach der Besetzung durch Nazi-Deutschland 1941, die eine weißrussische Marionettenregierung installierte,<sup>13</sup> töteten deutsche Verbände bis 1944 1,6 bis 1,7 Millionen (ca. 25 Prozent) Belarussinnen und Belarussen, darunter fast die gesamte jüdische Bevölkerung. Der Wiederaufbau des Landes fand im Rahmen der UdSSR statt. Wie auch andere ehemalige Sowjetrepubliken erklärte Belarus im Juli 1990 seine Souveränität. Viele Institutionen und Strukturen blieben jedoch de facto unverändert. Im 1990 gewählten Parlament befand sich die demokratische Opposition gegenüber den reformierten Kommunist:innen deutlich in der Unterzahl. Im Referendum von 1991 zeigten sich starke pro-sowjetische Einstellungen in der belarussischen Gesellschaft. Unter Alexander Lukaschenko, der als ehemaliger Militär seit 1994 das Land regiert, schlug das Land einen überwiegend pro-russischen Kurs ein, der auch auf die Bewahrung des sowjetischen Erbes ausgerichtet war. 1999 schlossen Belarus und Russland den Vertrag über die Russisch-Belarussische Union, nach dem Souveränität, territoriale Integrität, Verfassungen und andere Staatlichkeitselemente der beiden Staaten zwar beibehalten bleiben, gleichzeitig aber die meisten Politikbereiche (Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik) gemeinsam koordiniert werden. Die beiden Staaten arbeiten darüber hinaus auch in verschiedenen Institutionen militärisch eng zusammen, so etwa seit den 1990er Jahren in der Militärallianz OVKS. Zudem ist Belarus von großer Bedeutung für Russlands eurasische Integrationsprojekte. Für die seit den letzten zwanzig Jahren sehr starke Militarisierung des Landes spielt der große Sicherheitsapparat, der im Inneren über große politische Macht verfügt und wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht, eine zentrale Rolle.

12 Lithuanian National Television and Radio, Survey shows Lithuanians have abysmal opinion of Russia, favour Poland and Germany, 01. Februar 2023, abrufbar unter <https://www.lrt.lt/en/news-in-english/19/1856830/survey-shows-lithuanians-have-abysmal-opinion-of-russia-favour-poland-and-germany>

13 Marples, D. R. (2012): Belarus. A denationalized nation, 2. Auflage, Oxon/New York 2012.

## Sicherheitspolitik und Militarisierung

Das belarussische Regime und sein Sicherheitsapparat sind eng verwoben. So definiert die 2016 verabschiedete nationale Militärdoktrin als primäre Aufgabe seiner Streitkräfte die Abwehr von externen Angriffen und von Gefahren, die von Umstürzen wie den „Farbrevolutionen“ ausgehen.<sup>14</sup> Zur Wahrung der „öffentlichen Ordnung“ haben die Sicherheitskräfte die Befugnis, Waffengewalt zu nutzen. Zuletzt setzte Lukaschenko 2021 Armeeeinheiten zur Niederschlagung von Massenprotesten ein. Im Zuge des voranschreitenden belarussisch-russischen Integrationsprozesses wurde diese nationale Militärdoktrin 2021 durch eine gemeinsame Doktrin ersetzt,<sup>15</sup> in der die Verteidigung des Bündnisgebietes einen hohen Stellenwert hat, was Belarus de facto zur belarussisch-russischen Westflanke gegenüber der NATO macht. Diese internen und externen Bedrohungsszenarien beeinflussen auch den Militarisierungsgrad von Belarus.

Auch wenn der Militarisierungsgrad seit 2014 etwas gesunken ist, gehört Belarus seit zwei Jahrzehnten zu den sehr stark militarisierten Staaten. In diesem Jahr belegt es Platz 19 im GMI-Ranking.

Den höchsten Wert erzielt es in der Dimension der schweren Waffen, wo es in den letzten 20 Jahren durchgehend zu den sehr stark militarisierten Ländern gehört. Schon zu Zeiten der Sowjetunion eine Region mit einer sehr hohen Truppenkonzentration, „erbte“ es entsprechende Mengen an militärischem Material. Zwar verfügt Belarus über eine eigene Rüstungsindustrie, die u. a. Fahrzeuge und Lenkwaffen produziert, nicht aber über heimische Kapazitäten für komplexe Systeme wie Kampfflugzeuge. In den letzten zehn Jahren bezog es Waffensysteme hauptsächlich aus Russland.

Auch im personellen Bereich befindet sich Belarus in den letzten 20 Jahre in der Regel unter den sehr stark militarisierten Staaten. Zur eher kleinen Zahl von aktuell (2022) 48.000 aktiven Soldat:innen kommt die recht stolze Zahl von 110.000 paramilitärischen Kräfte, die in den seit 1995 vorhandenen „Internen Truppen“ des Innenministeriums zur Machtsicherung nach Innen dienen. Hinzu kommt nochmals eine umfangreiche Reserve von rund 290.000 Soldat:innen. Pro 1.000 Einwohner:innen unterhält Belarus damit zwar nur fünf aktive Soldat:innen. Bezieht man die paramilitärischen Kräfte mit ein, ändert sich das Verhältnis von (para)militärischen Personal zu Zivilist:innen zu 17 pro 1.000; ein mit Armenien vergleichbarer Wert.

Seine niedrigsten Werte erzielt Belarus im Bereich der Militärausgaben, wo es im GMI 2023 auf Platz 95 rangiert. Hier lag es in den letzten zwanzig Jahren im schwach- bis mittelgradig militarisierten Bereich. Einen Höhepunkt erreichten sie 2006 mit 1,7 Prozent des BIP, 2022 lagen sie mit 792 Mio. US-Dollar jedoch nur noch bei 1,2 Prozent, obwohl Belarus zur Erfüllung der Ziele seines Entwicklungskonzeptes der Streitkräfte die Militärausgaben auf 1,5 Prozent des BIP erhöhen müsste.

## Aktuelle Dynamiken

Belarus versuchte lange, eine vermeintlich neutrale Position im Ukraine Konflikt einzunehmen. Im November 2021 ließ Lukaschenko jedoch verlauten, dass die Krim „rechtlich zu Russland“<sup>16</sup> gehöre. Seitdem rückte das Land immer enger an die Seite Russlands. Im Vorfeld der russischen Invasion am 24. Februar 2022 hielten beide Länder unter dem Schlagwort „Alliierte Entschlossenheit“ ein gemeinsames Manöver ab, welches zum Deckmantel des russischen Aufmarsches wurde. Seit diesem Datum drangen russische Truppen von belarussischem Gebiet auf das Territorium der Ukraine ein und feuerten von dort aus auf ukrainisches Gebiet.

14 International Institute for Strategic Studies (2019). *The Military Balance 2019* [the annual assessment of global military capabilities and defence economics] London: Routledge, 179.

15 Europäisches Parlament. (2023). Russia-Belarus military cooperation. EPRS | European Parliamentary Research Service, abrufbar unter [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/739348/EPRS\\_ATA\(2023\)739348\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/739348/EPRS_ATA(2023)739348_EN.pdf).

16 Belarus leader, in U-turn, says annexed Crimea is legally Russian. Reuters, 30.11.2021, abrufbar unter <https://www.reuters.com/world/europe/belarus-leader-u-turn-says-annexed-crimea-is-legally-russian-2021-11-30/>.

Offiziell sind belarussische Truppen nicht am Konflikt beteiligt. Jedoch kündigte Präsident Lukaschenko an, neue territoriale Verteidigungseinheiten im Umfang von 45.000 Reservist:innen aufstellen zu wollen, um die Sicherheit des eigenen Staatsgebietes im Falle eines Angriffs zu gewährleisten. Zudem wurde die militärische Integration beider Streitkräfte weiter vorangetrieben. So bestätigte Lukaschenko im Dezember 2022 die Einsatzfähigkeit der von Russland gelieferten ballistischen Kurzstreckenraketen des Typs Iskander-M, welche Nuklearwaffen tragen können. Mitte 2023 begann Russland, entsprechende taktische Nuklearwaffen in Belarus zu stationieren.

## Ukraine

Die Ukraine blickt auf eine bewegte Geschichte zurück, die durch die Integration in Großreiche und dem Streben nach Unabhängigkeit geprägt ist. Bereits im 17. Jahrhundert wurden der östliche Teil, bis 1793 schließlich auch der westliche Teil der Ukraine durch das Russische Reich annektiert und in Folge „russifiziert“. So wurde u. a. die Nutzung der ukrainischen Sprache verboten und die Konvertierung zum russischorthodoxen Glauben forciert. Im März 1917 kommt es zur Ausrufung der kurzlebigen Ukrainischen Volksrepublik, die im Jahre 1922 schließlich in die Sowjetunion eingegliedert wird.<sup>17</sup> In den 1930er Jahren kommt es in der Ukraine zu einer verheerenden Hungersnot, der schätzungsweise 3,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Ausgangspunkt war eine rücksichtslose, über Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft forcierte, Industrialisierungspolitik Stalins. Holodomor, wie die Hungersnot in der Ukraine genannt wird, stellt bis heute ein kollektives Trauma dar und spielt eine große Bedeutung für die Entwicklung einer eigenständigen nationalen Identität.<sup>18</sup> Nach

der Unabhängigkeit 1991 blieb die Ukraine zunächst eng mit Russland verbunden. Im Jahre 1994 vereinbarten die Länder im Budapester Memorandum, dass die Ukraine das nukleare Arsenal der Sowjetunion, das sie zu großen Teilen geerbt hatte, im Gegenzug für Sicherheitsgarantien an Russland übergibt.<sup>19</sup> Von Anfang an bemühte sich die Ukraine, eine Rolle zwischen dem Westen und Russland zu finden. So schloss das Gründungsmitglied der GUS 1994 auch ein Partnerschaftsabkommen mit der EU ab. Mehrfach kam es zu Massenmobilisierungen, die sich zentral um den Zustand der demokratischen Transition und die Frage der Anbindung an die EU bzw. an Russland drehten.

Die Ukraine steht deshalb beispielhaft für die Gruppe postsowjetischer Staaten, die durch einen internen Konflikt über eine Orientierung gen Westen bzw. in Richtung Russland geprägt sind. So gingen im Rahmen der „Orangen Revolution“ 2004 Tausende auf die Straße, um gegen Wahlfälschung und für eine größere europäische Integration einzustehen.<sup>20</sup> Auch der 2013 beginnende Euromaidan brachte die innere Zerrissenheit zwischen Ost und West deutlich zu Tage. Damals kam es in Kiew zu Massenprotesten gegen den damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, der das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen wollte und stattdessen eine enge Kooperation mit Russland und der EWU anstrebte. In Folge dieser prowestlichen Proteste übernahmen prorussische Separatist:innen mit russischer Unterstützung Teile des Donbas. Zudem besetzten russische Truppen die Krim. Beide Regionen bezeichnet Putin als „Noworossija“ (Neurussland) und damit als Teil des russischen Einflussbereichs. Mehr und mehr wurde die Ukraine dabei auch zum neuen Zentrum des geopolitischen Konfliktes zwischen Russland und den USA.

17 Kubicek, P. (2008). *The history of Ukraine*. Westport.

18 Stark, R. (2010). Holodomor, Famine in Ukraine 1932-1933: A Crime against Humanity or Genocide? *Irish Journal of Applied Social Studies*, 10(1), 2.

19 Neben den USA und dem Vereinigten Königreich sicherte auch Russland diese zu.

20 Masters, J. (2023). Ukraine: Conflict at the Crossroads of Europe and Russia. Council on foreign relations, 14. Februar 2023, abrufbar unter <https://www.cfr.org/background/ukraine-conflict-crossroads-europe-and-russia>

## Sicherheitspolitik und Militarisierung

Die offiziellen Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der Ukraine der letzten Jahre heben die existenzielle militärische Bedrohung durch Russland als wesentlich hervor. Ein Hauptaspekt der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie von 2020<sup>21</sup> und der mit ihr verbundenen Militärreformen ist daher die Entwicklung strategischer Beziehungen mit Schlüsselakteuren wie der EU und der NATO, mit einem Schwerpunkt auf die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Deutschland und Frankreich. Die Ukraine zielt darauf ab, das Assoziierungsabkommen mit der EU vollständig zu implementieren und Mitglied in der NATO zu werden.<sup>22</sup> Zudem strebte das Land in den letzten Jahren gezielt über gemeinsame Ausbildung und Beschaffung danach, die Interoperationalität zwischen der ukrainischen und westlichen NATO-Armeen zu erhöhen. Der GMI-Gesamtwert der Ukraine stieg bereits seit 2014 und erlangte 2015 einen zwischenzeitlichen Höhepunkt, als die Ukraine von Platz 41 auf Platz 23 im Ranking aufstieg. Dieser Wert hielt sich bis zum letzten Jahr relativ konstant. Seit der russischen Invasion schoss der GMI-Gesamtwert jedoch in die Höhe, sodass die Ukraine in diesem Jahr Platz eins im Ranking belegt. Dies ist vor allem auf die stark angestiegenen Militärausgaben und Personalzahlen zurückzuführen.

In Bezug auf den Ausgabenindex belegt das Land weltweit den ersten Platz. Bis 2015 befand sich die Militarisierung der Ukraine im Zeitraum der letzten zwanzig Jahre in diesem Bereich lediglich im mittleren bis starken Bereich, was sich nach der Annexion der Krim bzw. dem Jahr 2015 nach oben verschob. Seitdem gehört sie zu den in Bezug auf die Ausgaben am BIP am stärksten militarisierten Ländern. Im Jahr 2022 lagen die Militärausgaben bei über 33 Prozent des BIP (44 Mrd. US-Dollar), was einen enormen Anstieg um 30 Prozent bedeutet.

Auch hinsichtlich des Schwere-Waffen-Index spielte die Ukraine in den letzten 20 Jahren lange in der Liga der sehr stark militarisierten Staaten. Der Wert ist jedoch gesunken, so dass die Ukraine seit 2014 hier nur noch zu den stark militarisierten Staaten zählt. Für das Jahr 2022 belegte die Ukraine diesbezüglich weltweit Platz 33. Die politische Hinwendung zum Westen spiegelt sich auch in den Bezugsquellen für Waffensysteme wider. Bestand zunächst trotz einer recht großen eigenen Rüstungsindustrie lange eine Abhängigkeit von Russland, ist hier seit den letzten fünf Jahren ein deutlich anderes Bild zu erkennen. Zwischen 2018 und 2022 stammten 34,4 Prozent der ukrainischen Rüstungsimporte aus den USA, 16,7 Prozent aus Polen und 10,6 Prozent aus Deutschland.

Ihren niedrigsten Militarisierungswert verzeichnet die Ukraine im Bereich des Personals, jedoch ist auch hier seit Ausbruch des Krieges ein drastischer Anstieg bemerkbar. 2022 belegte die Ukraine diesbezüglich Platz neun. Während das ukrainische Militär 2014 noch über 121.500 aktive Soldat:innen verfügte, wuchs ihre Anzahl 2015 in Folge des Ausbruches des Konfliktes in der Ostukraine auf 204.000 an. Nach dem russischen Angriff 2022 erhöhte sie sich im Zuge der Mobilisierung schließlich auf 688.000. Damit erreicht die Ukraine ein Verhältnis von aktiven Soldat:innen zu 1.000 Zivilist:innen von 18. Dies ist der Spitzenwert unter den hier näher betrachteten Ländern. Unter Einbezug der paramilitärischen Kräfte steigt der Wert gar auf 24; deutlich über den Werten von Belarus und Armenien (jeweils 17).

21 ПРЕЗИДЕНТ УКРАЇНИ (2020): Dekret des Präsidenten der Ukraine Nr. 392/2020 zum Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 14. September 2020 „über die Nationale Sicherheitsstrategie der Ukraine“, abrufbar unter <https://www.president.gov.ua/documents/3922020-35037> (in Ukrainisch).

22 Brusylovska, O. (2022). In: P. Sinovets/W. Alberque (Hg.) - Security and Defense Policy of Ukraine in the Main Provisions and Objectives of its Strategic Documents. In P. Sinovets & W. Alberque (Hg.), *Arms Control and Europe. New Challenges and Prospects for Strategic Stability* (111-124). Cham.

## Aktuelle Dynamiken

Seit der russischen Invasion hat die unmittelbare Unterstützung für die Ukraine durch andere, vornehmlich westliche Staaten in Form von Rüstungslieferungen und finanziellen Hilfen stark zugenommen. Neben der Ausweitung seiner eigenen militärischen Kapazitäten strebt das Land inzwischen entschieden eine NATO-Mitgliedschaft an. Beim Gipfeltreffen in Vilnius 2023 erkannte die NATO zwar an, dass die Zukunft der Ukraine in der Allianz liege, blieb jedoch hinsichtlich der Beitrittsbedingungen vage. Vor diesem Hintergrund sind auch Beitrittsgespräche mit der EU für die Ukraine von hoher Priorität. Eine Entscheidung über Verhandlungen wird von Seiten der EU im Dezember 2023 erwartet.

## Armenien

Wie Aserbaidschan im Anschluss, betrachten wir Armenien als eine ehemalige Sowjetrepublik, deren Militarisierung wesentlich durch den langanhaltenden regionalen Konflikt mit seinem Nachbarn um die kaukasische Region Bergkarabach angetrieben wird. Im Vertrag von Moskau (1921), der die Beziehungen zwischen Sowjetrussland und der entstehenden Türkei regeln sollte, sicherte Moskau der Türkei zu, dass die zumeist von Armenier:innen bewohnte Region Bergkarabach als Oblast (Gebietseinheit) an das (überwiegend muslimische) Aserbaidschan fallen solle. Wie auch Georgien und Aserbaidschan gehörte Armenien ab 1922 zur Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und wurde erst 1936 als Armenische Sozialistische Sowjetrepublik Bestandteil der UdSSR. Mit der Unabhängigkeitserklärung Armeniens im August 1990 gewann der Konflikt an Brisanz, als sich Bergkarabach 1991 zur unabhängigen Republik auf aserbaidschanischem Gebiet erklärte. Armenien blieb über die GUS und später über die OVKS und die EWU eng mit Russland verbunden. Im ersten Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-

karabach (1992 bis 1994) unterstützte Russland die armenischen Streitkräfte, so dass das Gebiet de facto unabhängig wurde. Mit der „Samtenen Revolution“ im Jahr 2018, in der es zu einem Macht- und Generationenwechsel in Armenien kam, schien die vormals starke „Achse Moskau-Jerewan“ zu schwächeln. So deuteten Äußerungen der neuen politischen Elite in Jerewan darauf hin, dass das Land statt einem Beitritt zur EWU eine EU-Mitgliedschaft anstreben könnte. Allerdings bremsten die armenische Abhängigkeit von russischer Energie und der 2021 erneut eskalierende Konflikt mit Aserbaidschan die Abgrenzungsbestrebungen von der militärischen Schutzmacht Russland. Seit der Einnahme der Region Bergkarabach durch Aserbaidschan im September 2023 befinden sich die russisch-armenischen Beziehungen allerdings in einer tiefen Krise.

## Sicherheitspolitik und Militarisierung

Aufgrund seines dauerhaften Konfliktes mit dem Nachbarn Aserbaidschan gehört Armenien die letzten 20 Jahre zu den am stärksten militarisierten Ländern. Dieses Jahr belegt das Land im GMI Rang drei und unter den ehemaligen Sowjetrepubliken Rang zwei. Aktuell zeigen sich – nicht zuletzt wegen der neuerlichen militärischen Eskalation des Konfliktes mit Aserbaidschan – erstmals deutliche Brüche in den Beziehungen zwischen Armenien und seiner Schutzmacht Russland.

In seiner 2020 verabschiedeten Sicherheitsstrategie nennt Armenien explizit die Anerkennung der Unabhängigkeit der Republik Artsach (bis 2017 Republik Bergkarabach) und die Anerkennung des Völkermordes an den Armenier:innen im Jahr 1915/16 als nationale Ziele. Neben Aserbaidschan wird auch die Türkei als Bedrohung beschrieben, die durch die Bewaffnung Aserbaidschans die Sicherheit des Landes und die Stabilität der Region gefährde. Die Beziehungen zu Russland, das eine durchgehende militärische Präsenz im Lande hat, bezeichnet das Papier als historische Freundschaft, die insbesondere im Sicherheitsbereich weiter vertieft und ausgeweitet werden solle.<sup>23</sup> Einen weiteren Baustein der Sicher-

23 Außenministerium der Republik Armenien. (2020). *National Security Strategy of the Republic of Armenia*, abrufbar unter <https://www.mfa.am/filemanager/security%20and%20defense/Armenia%202020%20National%20Security%20Strategy.pdf>

heitsarchitektur stellt die Mitgliedschaft in der OVKS dar. Gleichwohl unterhält Armenien auch Beziehungen zur NATO und richtete 2004 eine ständige Vertretung im Hauptquartier in Brüssel ein.

Armenien setzt auf ein vergleichsweise großes und gut bewaffnetes Militär. Über die letzten 20 Jahre gehört Armenien daher bereits durchgehend zu den global am stärksten militarisierten Staaten und war in den letzten 14 Jahre stets unter den Top 10 des GMI-Rankings zu finden.

Diese generelle hohe Militarisierung spiegelt sich auch in den einzelnen Dimensionen des GMI wider. So ist Armenien in Bezug auf die Ausgaben seit 2006 durchgehend eines der am stärksten militarisierten Länder und gab seit 2007 im Schnitt vier Prozent seines BIP für sein Militär aus. Absolut erreichte es im Jahr 2019 mit 674 Mio. US-Dollar einen Höchstwert, der allerdings seither wieder leicht auf zuletzt 634 Mio. US-Dollar absank.

Auch im personellen Bereich ist Armenien über die letzten zwei Dekaden konstant sehr stark militarisiert. Aktuell umfassen die Streitkräfte des Landes 42.900 aktive Soldat:innen, 4.300 Paramilitärs und eine Reserve von 210.000. Bei einer aktuellen Bevölkerungszahl von 2,7 Millionen bedeutet dies mit einem Verhältnis von knapp 15 aktiven Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen einen recht hohen Wert. Die paramilitärischen Kräften eingeschlossen, steigt diese Zahl nochmals leicht auf fast 18 an.

Im Bereich der schweren Waffen ist das Land ebenfalls aktuell sehr stark militarisiert, während es bis 2004 hier nur stark militarisiert war. Mit über 100 Kampfpanzern, 427 weiteren gepanzerten Fahrzeugen und 160 Artilleriesystemen verfügt es im Verhältnis zu seiner Größe über ein bedeutendes Arsenal an schweren Waffen.

Wie auf der Übersichtskarte (Seiten 12 und 13) dargestellt, ist Armenien in Bezug auf Rüstungsimporte überwiegend von Russland abhängig. So bezog es in den letzten fünf Jahren 83 Prozent aller Importe von seinem nördlichen Nachbarn. Diese bestanden aus Flugabwehrsystemen, Kampfflugzeugen sowie Kampf- und Transporthubschraubern. In geringem Umfang erhielt Armenien auch Waffen aus Indien (10,4 Prozent) und Jordanien (6,8 Prozent).

## Aktuelle Dynamiken

Mit der Einnahme der Region Bergkarabach durch Aserbaidschan im September 2023 sind nicht nur die Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, sondern auch die russisch-armenischen Beziehungen in einer tiefen Krise. Noch 2020 spielten russische Bemühungen zur Beendigung des Konflikts und die Tatsache, dass Bergkarabach nicht unter aserbaidchanische Kontrolle geriet, eine große Rolle. Russische Friedenstruppen sicherten den sogenannten Lachin-Korridor, welcher Armenien und Bergkarabach verbindet. Angesichts des Krieges gegen die Ukraine und der massiven militärischen Überlegenheit Aserbaidschans ruderte Russland jedoch mit seinem Beistand für Armenien zurück. Anfang dieses Jahres weigerte sich Armenien daraufhin an den Manövern der OVKS teilzunehmen. Nachdem Bergkarabach im September 2023 nach nur zweitägigen Kämpfen an Aserbaidschan fiel, erwägt Jerewan nicht nur offen den Austritt aus dem Bündnis, sondern stellt auch die Schutzmacht Russland in Frage. Schon in einer Umfrage aus dem März dieses Jahres sah die Mehrzahl der Befragten Russland als Sicherheitspartner nur noch an dritter Stelle hinter Frankreich und dem Iran.<sup>24</sup> Der Iran als klassischer verbündeter Armeniens in der Region spielt aktuell auch bei Friedensverhandlungen mit Aserbaidschan und der Eindämmung des türkischen Einflusses eine Rolle.

24 Center for Insights in Security Research (2021). Public Opinion Survey: Residents of Armenia, abrufbar unter [https://www.iri.org/wp-content/uploads/2022/01/Armenia-Final-PPT\\_31.01.2022\\_Eng.pdf](https://www.iri.org/wp-content/uploads/2022/01/Armenia-Final-PPT_31.01.2022_Eng.pdf)

## Aserbaidshon

Ähnlich wie das westliche Nachbarland Armenien gehörte auch Aserbaidshon vormals zum Russischen Reich, das als Kolonialmacht von dessen Reichtum an fossilen Energieträgern wie Erdöl profitierte. Zwischen 1918 und 1922 war die Kaukasusrepublik kurz unabhängig. 1922 wurde sie als Aserbaidshonische Sozialistische Sowjetrepublik Teil der Transkaukasischen SFSR (s. o.), die 1936 aufgelöst wurde. Anschließend wurde sie – wie auch Armenien und Georgien – in die UdSSR eingegliedert. Die ehemalige Sowjetrepublik Aserbaidshon erklärte sich 1991 für unabhängig. In Folge trat Aserbaidshon 1991 der GUS und 1992 dem Vertrag über kollektive Sicherheit (VKS) – dem Vorläufer der OVKS – bei. Aserbaidshon erhoffte sich dadurch militärische Unterstützung im Grenzkonflikt gegen Armenien. Als das von Russland unterstützte Armenien im Krieg mit Aserbaidshon (1992 bis 1994) die Kontrolle über die Region Bergkarabach erlangte, ließ Aserbaidshon den VKS 1999 auslaufen und trat auch der Nachfolgeorganisation OVKS nicht bei.<sup>25</sup> Die Präsidentendynastie der Alijew (Heidar Alijew, 1993 bis 2003 an der Macht in Folge eines Militärputsches, und Sohn Ilham Alijew seit 2003) verwandelte das Land in eine Autokratie. Außenpolitisch verfolgte Aserbaidshon unter diesen Präsidenten eine geduldige und breit gefächerte Politik, die sich auf die territoriale Integrität bzw. Rückgewinnung Bergkarabachs fokussierte und dabei strategisch sowohl die Nähe zu Russland als auch zur Türkei und der EU suchte.<sup>26</sup> Wichtigster Verbündeter in der Region ist heute die Türkei.

## Sicherheitspolitik und Militarisierung

Auch Aserbaidshon gehört zu den weltweit am stärksten militarisierten Ländern der Welt. Aktuell liegt es auf Platz neun des GMI-Rankings. Das rohstoffreiche Land am Kaspischen Meer hebt in seinem Nationalen Sicherheitskonzept insbesondere die territoriale Integrität des Landes und den Konflikt mit Armenien hervor. Darüber hinaus betont es aber auch die Wichtigkeit seiner großen natürlichen Ressourcen für die Entwicklung des Landes. Seine Anbindung an das internationale Energienetz ist daher das zweite große Anliegen von nationalem Interesse.<sup>27</sup> So ist das Land seit 2006 durch die über Georgien verlaufende Südkaukasus-Pipeline mit der Türkei und seit 2020 darüber hinaus über die Transanatolische und die Transadriatische Gas-Pipeline mit Italien und der EU verbunden.

In Bezug auf die Militärausgaben ist Aserbaidshon am stärksten militarisiert. Hier gehört es bereits seit 2004 durchgehend zu den sehr stark militarisierten Ländern. In diesem Jahr belegt es zudem mit Rang sechs weltweit einen absoluten Spitzenplatz in dieser Dimension. Ein absoluter Höhepunkt wurde in den letzten zwanzig Jahren 2015 mit Militärausgaben von 3,67 Mrd. US-Dollar (5,46 Prozent des BIP) erreicht. Aktuell gibt das Land mit 2,66 Mrd. US-Dollar (4,55 Prozent des BIP) etwas weniger für sein Militär aus.

25 Hasanov, S. (2019). *Imperiales Erbe? Machtpolitische Ambitionen Russlands im Südkaukasus zwischen 1992 und 2014*. Köln: Springer VS.

26 Valiyev, A., & Yagubova, I. (2022). Azerbaijan's Strategic Patience in a Changing World. *The Central Asia-Caucasus Analyst*. The Central Asia-Caucasus Initiative and Silk Road Studies, abrufbar unter <https://www.cacianalyst.org/resources/pdf/220830-FT-Azerbaijan.pdf>

27 National Security Concept of the Republic of Azerbaijan, inoffizielle Übersetzung der ETH Zürich, 23. Mai 2007, abrufbar unter <https://www.files.ethz.ch/isn/154917/Azerbaijan2007.pdf>

Bei der Militarisierung im Bereich der schweren Waffen belegt Aserbaidschan aktuell Rang 13 weltweit. Seit 2009 ist Aserbaidschan, das bis dahin weitgehend mit Beständen aus der ehemaligen Sowjetunion ausgestattet war, zunehmend an modernen Waffen für seine Streitkräfte interessiert. Dementsprechend belegte das Land zwischen 2009 und 2019 Platz 23 unter den größten Waffenimporteuren weltweit. Seit den letzten fünf Jahren ist eine Neuausrichtung in Bezug auf die Lieferanten zu beobachten. So bezog das Land zwischen 2009 und 2018 seine Rüstungsgüter noch überwiegend aus Russland (mit Israel und Belarus auf den Plätzen zwei und drei). In den letzten fünf Jahren überholte Israel Russland vom Importvolumen deutlich (66 Prozent gegenüber 12 Prozent). Von dort bezog Aserbaidschan ab 2016 unter anderem 450 Kamikaze- und etliche Aufklärungsdrohnen, welche dem Land zuletzt einen großen militärischen Vorteil gegenüber Armenien und Bergkarabach verschafften. Etwa fünf Prozent seiner zwischen 2018 und 2022 importierten Rüstungsgüter stammen aus der Türkei.

Auch in der Dimension Personal ist das Land aktuell stark militarisiert (Rang 34 weltweit). Aserbaidschan setzt auf einen 1,5 Jahre dauernden Wehrdienst, welcher für alle männlichen Bürger ab dem 18. Lebensjahr gilt. Sein Militär ist mit 64.000 Soldat:innen nicht besonders groß, bedingt durch die Wehrpflicht und den über Jahrzehnte schwelenden und immer wieder eskalierenden Konflikt mit Armenien unterhält das Land aber eine recht große Reserve, die aktuell 300.000 Soldat:innen umfasst. Mit 6,3 aktiven Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen erreicht Aserbaidschan hier (hinter Belarus) den zweitniedrigsten Wert unter den von uns betrachteten Fällen. Im Vergleich zu anderen postsowjetischen Staaten ist auch der Umfang von Aserbaidschans paramilitärischen Kräften mit 15.000 relativ gering. Auf 1.000 Zivilist:innen kommen in Aserbaidschan lediglich 7,8 (para)militärische Kräfte. Dies ist der niedrigste Wert unter den hier betrachteten sechs postsowjetischen Ländern.

## **Aktuelle Dynamiken**

Die Transanatolische und Transadriatische Gas-Pipeline, zwei Russland und Armenien umgehende Pipelineprojekte, sorgten seit 2020 in Moskau für Verstimmung, da diese in Konkurrenz zum eigenen Pipelineprojekt South Stream stehen, welches Russland über das Schwarze Meer und Bulgarien und unter Umgehung der Ukraine mit Europa verbinden sollte. Weiter werden die Beziehungen zu Russland durch den Krieg in der Ukraine belastet. Präsident Alijew nahm im Zuge der russischen Invasion eine überraschend pro-ukrainische Position ein und rief das Land auf, die Besetzung seiner Territorien nicht zu akzeptieren. In der Okkupation der Krim und des Donbas sieht Aserbaidschan eine Parallele zur armenischen Inanspruchnahme Bergkarabachs und dem sowjetischen Versuch, die Unabhängigkeitsbewegung in Baku 1990 gewaltlos niederzuschlagen.<sup>28</sup>

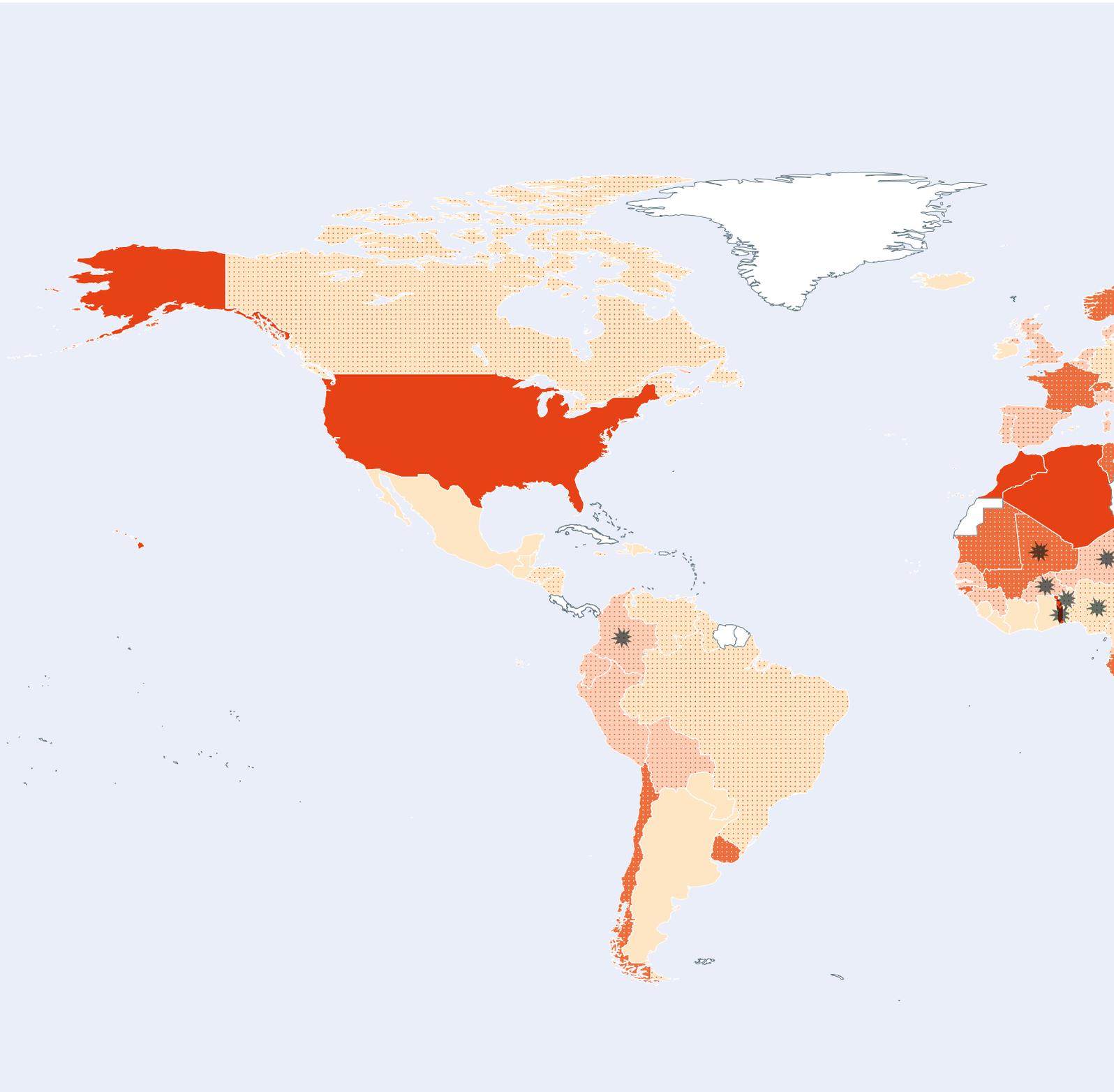
Mit dem zwei Tage dauernden aserbaidschanischen Angriff auf Bergkarabach im September 2023, welcher mit der Einnahme der Region durch Aserbaidschan endete, scheint Baku nun für die nächsten Jahre Fakten geschaffen zu haben. Obwohl Armenien die OVKS um Unterstützung bat und russische Friedenstruppen vor Ort waren, mischte sich Russland angesichts des Krieges in der Ukraine nicht ein. In Folge flohen über 100.000 Armenier:innen aus der Region Bergkarabach. Sorge bereitete zunächst, dass Aserbaidschan angesichts der schnellen Erfolge seine Kriegsziele ausweiten und militärisch nun auch den zuvor immer wieder geforderten Sangezur-Korridor erobern könnte, welcher eine direkte Verbindung zur Exklave Nachitschewan bietet. Ende Oktober dieses Jahres fanden allerdings im Iran erstmals Gespräche zwischen den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans statt, die unter Beteiligung Russlands und der Türkei geführt wurden und auf eine Einfrierung bzw. Formalisierung des Status quo herauslaufen dürften.

28 Atasuntsev, A. (2023). Long-Standing Ties Between Armenia and Russia Are Fraying Fast. Carnegie Endowment for International Peace, abrufbar unter <https://carnegieendowment.org/politika/90768>

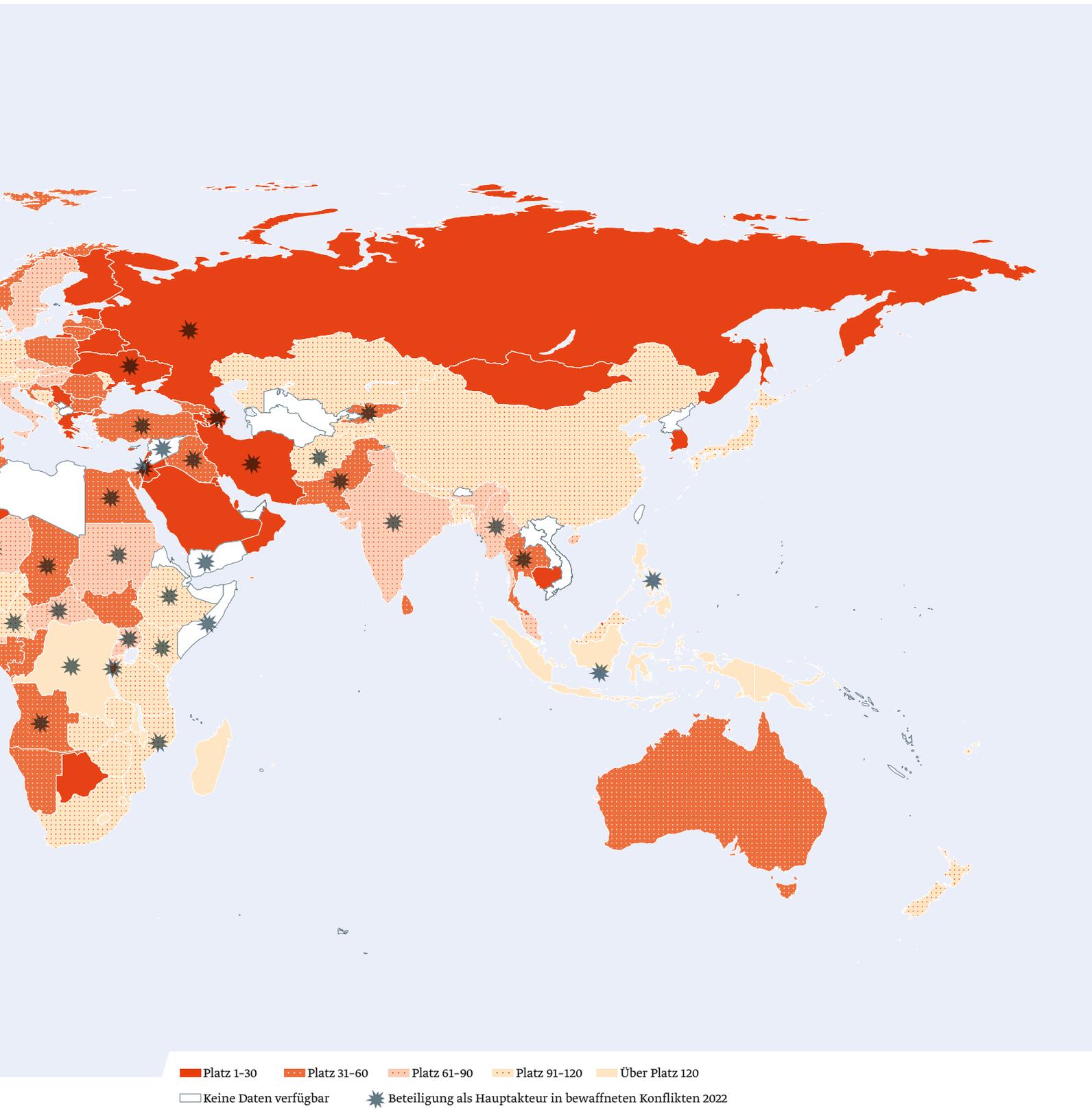
Darstellung und Gebrauch von Staats- oder Gebietsgrenzen und geografischen Namen auf dieser Karte sind nicht zwingend als offizielle Billigung oder Anerkennung seitens des BICC zu verstehen.

**Karte I**

**Übersicht GMI-Ranking weltweit**



Quelle Konfliktdaten: *UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset* Quelle administrative Grenzen: *Natural Earth Dataset*



## MILITARISIERUNGSINDEX RANKING 2023

	Platz	Land	Platz	Land	Platz	Land
<b>Sehr stark</b>	1	Ukraine	11	Libanon	21	Litauen
	2	Israel	12	Kuwait	22	Botswana
	3	Armenien	13	Oman	23	Kambodscha
	4	Katar	14	Jordanien	24	Togo
	5	Bahrain	15	Korea, Rep.	25	Vereinigte Staaten von Amerika
	6	Saudi-Arabien	16	Brunei	26	Finnland
	7	Griechenland	17	Zypern	27	Serbien
	8	Singapur	18	Algerien	28	Iran
	9	Aserbaidshjan	19	Belarus	29	Estland
	10	Russland	20	Marokko	30	Mongolei
<b>Stark</b>	31	Tschad	41	Türkei	51	Burundi
	32	Namibia	42	Montenegro	52	Frankreich
	33	Mauritanien	43	Georgien	53	Mali
	34	Myanmar	44	Pakistan	54	Kirgistan
	35	Irak	45	Tunesien	55	Chile
	36	Rumänien	46	Polen	56	Australien
	37	Südsudan	47	Norwegen	57	Schweiz
	38	Kroatien	48	Sri Lanka	58	Bulgarien
	39	Ägypten	49	Kongo, Rep.	59	Gabun
	40	Uruguay	50	Angola	60	Guinea-Bissau
<b>Moderat</b>	61	Slowakei	71	Venezuela	81	Spanien
	62	Schweden	72	Ruanda	82	Peru
	63	Thailand	73	Uganda	83	Senegal
	64	Lettland	74	Ungarn	84	Äquatorialguinea
	65	Italien	75	Niger	85	Niederlande
	66	Kolumbien	76	Burkina Faso	86	El Salvador
	67	Dänemark	77	Bolivien	87	Zentralafrikanische Republik
	68	Sudan	78	Portugal	88	Belgien
	69	Slowenien	79	Indien	89	Guinea
	70	Vereinigtes Königreich	80	Tschechische Republik	90	Ecuador
<b>Schwach</b>	91	Kasachstan	101	Mosambik	111	Afghanistan
	92	Nicaragua	102	Albanien	112	Tansania
	93	Bosnien und Herzegowina	103	China	113	Jamaika
	94	Kanada	104	Fidschi	114	Brasilien
	95	Malaysia	105	Kamerun	115	Neuseeland
	96	Moldau	106	Eswatini	116	Südafrika
	97	Österreich	107	Honduras	117	Japan
	98	Deutschland	108	Nepal	118	Bangladesch
	99	Äthiopien	109	Simbabwe	119	Benin
	100	Luxemburg	110	Sambia	120	Tadschikistan
<b>Sehr schwach</b>	121	Cote D'Ivoire	131	Malawi	141	Madagaskar
	122	Dominikanische Republik	132	Argentinien	142	Irland
	123	Kenia	133	Guyana	143	Ghana
	124	Indonesien	134	Belize	144	Kap Verde
	125	Paraguay	135	Nigeria	145	Trinidad und Tobago
	126	Gambia	136	Mexiko	146	Papua-Neuguinea
	127	Liberia	137	Sierra Leone	147	Mauritius
	128	Lesotho	138	Kongo, Dem. Rep.	148	Malta
	129	Philippinen	139	Timor-Leste	149	Haiti
	130	Seychellen	140	Guatemala		

**bicc \**

Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) gGmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany

+49 (0)228 911 96-0, [bicc@bicc.de](mailto:bicc@bicc.de)

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

[www.facebook.com/bicc.de](https://www.facebook.com/bicc.de)

[twitter.com/BICC\\_Bonn](https://twitter.com/BICC_Bonn)



DIREKTOR

Professor Dr. Conrad Schetter

AUTOR:INNEN

**Dr. Markus Bayer**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des BICC

**Stella Hauke**

BICC

REDAKTION

Susanne Heinke, kipconcept gmbh

SONSTIGE MITARBEIT

Rolf Alberth, Paul Rohleder

BICC

LAYOUT

kipconcept gmbh, Bonn

EDITORIAL DESIGN

Diesseits - Kommunikationsdesign, Düsseldorf

REDAKTIONSSCHLUSS

31. Oktober 2022

ISSN (Print) 2522-2015

ISSN (Online) 2521-7844



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Unported License;  
[cf.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/)



**bicc** Bonn  
International Centre  
for Conflict Studies